



SITZUNGSVORLAGE
B 2019/320/4409

Fachbereich/Aktenzeichen

Datum

öffentlich

Fachdienst Ordnungswesen,
Standesamt
320.156-54/Tg

23.10.2019

Norbert Tigges

Beratungsfolge

Zuständigkeit

Termin

Ausschuss für Umwelt und Energie

Vorberatung

13.11.2019

Einführung eines kostenlosen ÖPNV im Stadtgebiet; Antrag der CDU-Fraktion vom 27.05.2019

Beschlussvorschlag:

Wie in der Sitzung beraten.

Sachverhalt:

Die CDU-Fraktion hat mit Antrag vom 27.05.2019 beantragt, die Möglichkeit eines kostenlosen ÖPNV im gesamten Stadtgebiet zu prüfen. Das Projekt wird als Maßnahme des Klimaschutzes sowie zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Oelde gesehen.

Der ÖPNV in der Stadt Oelde setzt sich derzeit aus örtlichen und überörtlichen Linien zusammen. Überörtliche Linien sind die Linien R75 (Ennigerloh/Münster) und R76 (Beckum). Die Kosten für diese Linien werden vom Kreis Warendorf getragen.

Daneben gibt es die örtlichen Linien, die in erster Linie die Ortsteile mit dem Bahnhof verbinden (473, 474) sowie die Linie 475, die überwiegend der Schülerbeförderung dient. Die Linie 471 bindet die nördlichen Stadtteile an den Bahnhof an. Dazu kommen Taxibusse an Wochenenden und in Randbereichen. Eine Besonderheit liegt darin, dass durch abgestimmte Fahrzeitlegen nicht nur eine Anbindung an die Bahn gegeben ist, sondern auch die Fahrzeuge optimiert und kostensparend eingesetzt werden, weil sie z.B. nach der Fahrt von Stromberg nach Oelde als Linie

474 die Linie 471 durch den Oelder Norden bedienen. Diese Linien werden von der RVM betrieben; die Kosten werden von der Stadt Oelde im Rahmen eines Defizitenausgleichs an die RVM gezahlt.

Zwei weitere Linien nach Ostenfelde und Warendorf (375) sowie nach Lette und Clarholz (374) werden von der Fa. Kottenstedte eigenwirtschaftlich, das heißt auf eigene Kosten betrieben.

Die Gesamtkosten für die örtlichen Linien liegen derzeit bei rd. 500.000,- € jährlich. Dem stehen folgende Einnahmen gegenüber:

Einnahmen aus allg. Ticketverkauf	rd. 45.000,- €
Einnahmen aus Schulwegtickets	rd. 132.000,- €
Einnahmen aus Zuschüssen nach dem ÖPNV Gesetz sowie SGB IX	<u>rd. 33.000,- €</u>
gesamt	<u>rd. 210.000,- €</u>

Das verbleibende Defizit in Höhe von rd. 290.000,- € wird von der Stadt Oelde getragen.

Die Einführung einer kostenlosen Nutzung unter Beibehaltung des derzeitigen Angebotes würde die nachfolgenden finanziellen und rechtlichen Folgen haben.

Zunächst würde die Bareinnahme von jährlich rd. 45.000,- € aus dem Verkauf von Jedermanntickets, Abos und Funtickets entfallen.

Es müssten Regelungen mit dem Kreis Warendorf bzgl. der überörtlichen Linien R75 und R76 getroffen werden.

Mit der Fa. Kottenstedte, die die Linien 374 (Lette/Clarholz) und 375 (Ostenfelde/Warendorf) eigenwirtschaftlich betreibt, müssten Verhandlungen bzgl. möglicher Ausgleichszahlungen erfolgen. Eine konkrete Höhe kann noch nicht genau beziffert werden, dürfte aber oberhalb von 20.000,- € liegen. Hier ist zusätzlich zu berücksichtigen, dass der finanzielle Ausgleich von Einnahmeverlusten – bei dem es sich letztlich um eine Sicherstellung von Gewinn handelt – beihilferechtliche Relevanz haben könnte. Mit diesem Thema ist derzeit auch der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Münsterland befasst. Der Zweckverband, in dem auch der Kreis Warendorf vertreten ist, hat mit der Klärung dieser Thematik einen Gutachter beauftragt. Das Gutachten bezieht sich auf ein sogenanntes „365-Euro-Abo“ für ein Jahr und dürfte die gleiche rechtliche Fragestellung behandeln. Es ist davon auszugehen, dass dieses Gutachten bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Energie vorliegt.

Hinsichtlich des Schülerverkehrs wäre mit der Bezirksregierung zu klären, ob die Ausgleichszahlungen des Landes in Höhe von derzeit ca. 33.000,- € weiterhin gezahlt würden. Daneben ist zu erwarten, dass die vorhandenen Buskapazitäten nicht ausreichend sein werden, da derzeit nahezu ausschließlich Schüler befördert werden, die aufgrund der Entfernung des Wohnsitzes zur Schule einen Anspruch auf Fahrtkostenerstattung haben. Bei einem gänzlich kostenlosen Schülerverkehr dürften sich jahreszeitlich und witterungsbedingt erheblich höhere Nutzerzahlen ergeben, da dann auch viele den Bus nutzen würden, die derzeit keinen Anspruch auf kostenlose Beförderung haben. Zusätzliche Kapazitäten würden zu erheblichen Mehrkosten führen, da eine Erweiterung in diesen Spitzenzeiten zu Mehrbedarf an Fahrzeugen und Personal führen würde. In 2008 sind im Rahmen des Projektes „ein Sitzplatz für jeden Schüler“ Kosten in Höhe von rd. 300.000,- € jährlich für ca. 5 zusätzliche Busse im Schülerverkehr entstanden.

Am 10.07.2019 wurde seitens der Verwaltung ein erstes Informationsgespräch mit Vertretern der RVM Regionalverkehr Münsterland GmbH in Lüdinghausen geführt. Es wurden dort die grundsätzlichen Aspekte dieses Vorhabens diskutiert. Seitens der RVM werden flankierende Maßnahmen wie z.B. eine Ausweitung des Angebotes oder/und eine Verdichtung des Fahrttaktes dringend empfohlen, um das Mobilitätsverhalten nachhaltig zu beeinflussen und den gewünschten Effekt zu erzielen. Als Beispiel wurde dort die Stadt Monheim genannt, in der ein

derartiges Projekt derzeit umgesetzt wird.

Die Stadt Monheim hat auf Basis eines Gutachtens eines Planungsbüros zunächst intensive Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes vorgenommen. Ziel war es, die Arbeitsplätze in den Gewerbegebieten für Pendler attraktiv anzubinden, durch eine Verkürzung von Taktzeiten eine verbesserte Verknüpfung der einzelnen Linien und die Optimierung der Anbindung an die Schiene zu erreichen. Zur weiteren Steigerung der Attraktivität wurden auch im Freizeitbereich Ausweitungen des Angebotes vorgenommen. Dadurch sollte der Anteil des motorisierten Individualverkehrs reduziert werden. Insgesamt wurden zusätzlich rd. 730.000 Fahrkilometer beauftragt, wofür Mehraufwand von bis zu 2,1 Mio. € jährlich kalkuliert wurden. Nach 2 Jahren wurde dann in 2019 in einem zweiten Schritt die Entscheidung getroffen, ab Sommer 2020 den ÖPNV-kostenfrei anzubieten. Hierfür wird eine jährliche Mehrbelastung von 2,5 bis 3 Mio. € kalkuliert. Das Projekt ist auf Dauer angelegt und soll nach einer dreijährigen Testphase evaluiert werden.

Auf Oelde bezogen könnte eine Taktverdichtung auf den Ortsteillinien, eine Anbindung der Gewerbegebiete sowie ein besseres Angebot an den Wochenenden sinnvoll sein. Allerdings dürften sich die Mehrkosten bei Ausweitung des Angebotes nicht linear, sondern wegen der Verflechtung der örtlichen Linien sprunghaft entwickeln, da dann die Bedienung mehrerer Linien durch ein Fahrzeug nicht mehr möglich ist. Zur Unterstützung/ Gegenfinanzierung sollte auch über eine Anhebung der Parkgebühren und ggf. Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung nachgedacht werden.

Hinsichtlich der zeitlichen Umsetzung ist zu beachten, dass neben den Gesprächen mit Betreiberfirmen, der Bezirksregierung und dem Kreis auch die Gremien der RVM sowie der Tarifgemeinschaft zu beteiligen sind.

Alternativ regt die RVM an, auch über rabattierte Abotickets, z.B. ein Jahresticket für 365,- € oder ähnliches zu erwägen. Die Idee dieses 365-Euro-Abos hat wie oben dargestellt auch der Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Münsterland aufgegriffen, der eine münsterlandweite Geltung im Rahmen des Westfalentarifes prüft.

Finanziell vergleichsweise überschaubar, wenn auch im Vorfeld nicht abschließend zu kalkulieren, sind die Kosten für die im Antrag „abgespeckt“ genannten Varianten wie kostenloses Fahren an Samstagen oder an Markttagen.

Wenn eine Takterweiterung außer Betracht bleiben soll, wäre für die Markttag mit Einnahmeausfällen von ca. 20.000 € aus dem Ticketverkauf zu rechnen.

Etwas anders stellt sich die Situation an den Samstagen dar. Hier besteht nur ein eingeschränktes Angebot am Vormittag bzw. frühen Nachmittag, das nur auf Anforderung mit einem Taxi-Bus bedient wird. Die Kosten belaufen sich derzeit auf rd. 9.000,- € jährlich. Da die derzeitige Nutzung sehr gering ist, sind die entfallenden Einnahmen fast zu vernachlässigen. Unterstellt man eine um 50% höhere Anforderungsquote dürften sich die Kosten auf ca. 15.000 bis 20.000 Euro belaufen, da je nach Anzahl der anfordernden Personen unterschiedlich große Fahrzeuge eingesetzt werden müssen.